



# Zu den tattischen Differenzen.

Unsere Stellung und die der Arbeiter ist klar: Es ist uns Herz und die nationalitätliche Arbeit des Herrn Cuno. Die Laten von Essen sind nicht seine Laten, sie sind unsere Laten, Profetariat, wie sie zu Tausenden stellen nach dem Willen der Massen und die Teilnahme der Herren Cuno und wie sie zu Tausenden fallen werden, wenn das deutsche Profetariat die Verständigung mit den französischen Imperialisten dem Herrn Cuno überläßt. Die Essener Laten sind gemordet von französischen Imperialisten. Sollen sie nicht umsonst gefallen sein. So muß das deutsche Profetariat sich zum Ziel setzen, den Hinauswurf der Franzosen aus dem Ruhrgebiet, den Hinauswurf, der erfolgen wird, wenn das deutsche Profetariat sein Geschick selbst in die Hand nimmt. Den Cuno und seine Klasse besetzte schlecht und im Verein mit dem Parlament Frankreichs die französische Mordregierung zwingt, sich aus den räuberisch besetzten Gebieten zu entfernen. Je mehr Kraft das deutsche Profetariat ausbringt, desto leichter fällt es dem französischen Profetariat fallen, seine Mörder niederzuschlagen und nicht nur aus dem Ruhrgebiet zu befreien, sondern aus ihrer Machtstellung in Frankreich. Wir trauern um die proletarischen Laten — Cuno hat kein Recht, auch nur zu reden von Trauer um sie. Und wenn ihr Tod ein Ansporn sein wird für die deutsche Arbeiterschaft zum Kampf gegen die Mörder in Frankreich, wie gegen ihre Klassenfeinde in Deutschland, dann werden sie sich umsonst gefallen sein.

## Hitler ordnet Verhaftungen an.

In München wurden die Brüder Franz und Waldemar v. Putschamer verhaftet. Die bayrische Polizei erklärt amtlich, beide hätten sich als Spitzel in „nationale Kreise“ eingeschlichen und über das dort gewonnene Material an die sozialdemokratische Presse, an das „Berliner Tageblatt“ und „wahrscheinlich auch an eine norddeutsche Regierung“ berichtet. Es ist also soweit gekommen, daß die bayrische Regierung offen als Werkzeug der Hitlerbanden arbeitet. Wie kommt die Polizei, also eine amtliche Behörde, dazu, Leute, die über private, dazu reaktionäre Organisationen berichten zu verhaften? Offenbar gibt die Polizei damit offen zu (und das ist wohl auch beabsichtigt), daß sie ein Gehilfenorgan Hitlers und Hitler der Herr Gehilfen ist. Die „norddeutsche Regierung“ ist nichts anderes als — Preußen. Die separatistischen Bestrebungen der bayrischen Reaktionäre reifen sich denen der Smeets und Konsorten würdig an. Aber die Bourgeoisieprelle wird trotz alledem nicht nach der Reichseinführung gegen Bayern rufen, und die Cuno-Regierung denkt nicht im entferntesten daran, gegen ihre schändlichen Freunde in Bayern vorzugehen. Umgekehrt, sie wird bald daran gehen, mit den bayrischen Reaktionären gegen die deutsche Arbeiterschaft loszuschlagen. Die Arbeiterschaft muß zur Abwehr rufen!

BBB. München, 10. April. Die Gerüchte über die Haftentlassung der Gebrüder Putschamer sind unrichtig. Die Verhaftung stützt sich nicht nur auf Spitzeltätigkeit, vielmehr haben die Verhafteten eine Anklage wegen Beihilfe und Anstiftung zum Mord zu erwarten und bleiben deshalb in Haft. Sie sollen angeblich zur Einordnung des Stuhlbauer Bawer angehalten haben. Diese neueste Begründung ist jedenfalls nur erhoben, um sie in Haft behalten zu können.

## Ein bezahlter Kommunistenspieler wird aus der SPD ausgeschlossen.

Unter dieser Überschrift brachte u. a. die SPD-Organen auch die „Volkswacht“ und dessen Redakteur die Meldung über den Ausschluß des SPD-Genossen Friege und demnachst an anderer Stelle, daß SPD-Mitglied des Rheinisch-Westfälischen Betriebsräte-Ausschusses, Ernst Friege, sei „geständig“ für seine Beteiligung an der Frankfurter Konferenz „mit reichen Geldmitteln versehen worden zu sein und von Clara Zetkin den Auftrag erhalten zu haben, unter allen Umständen in der sozialdemokratischen Partei zu bleiben.“ Was den von Genossin Zetkin angeblich erteilten „Auftrag“ anbelangt, so sieht er so aus: Ernst Friege, der Vorsitzende der Frankfurter Konferenz bei ihrer Einberufung, trat am zweiten Verhandlungstage mit allen Zeichen heftigster Erregung an Genossin Zetkin heran und äußerte seine Empörung über den Bericht des Frankfurter Parteitag über die Reichsregierung. Besonders ergreift ihn der von Clara Zetkin über den Bericht des Parteitag über die Reichsregierung, die Reduktion der „Roten Gefahr“ zu verhängen und ungläubig erwiderte zu lassen, daß ein Mitglied der SPD, Vorsitzender der Konferenz sei, Genossin Zetkin sagte darauf, der Genosse Friege müge sich nicht aufregen. Solche und ähnlicher Dinge müße man leider gewohnt werden, wenn man im öffentlichen Leben kämpfe, besonders heute an Zeiten mit den Kommunisten. Ernst Friege erklärte, er werde in

Vorbereitung: Durch das Auftreten der Opposition auf dem SPD-Bezirksparteitag Rheinland-Westfalen, die als Minderheit die von der Mehrheit angenommenen Richtlinien vorwarf und unter Führung der Genossin Ruth Fischer und des Genossen Schölermann eigene Richtlinien — ebenfalls völlig unangebracht — herausgab, hatten die Differenzen zwischen der Mehrheit und Minderheit verschärft. Die „Volkswacht“ prophezeite bereits die Spaltung der Partei. Die Zentrale verfuhr durch eine längere Aussprache zwischen den Vertretern der Mehrheit und Minderheit die Meinungsverschiedenheiten zu klären. Ueber das Ergebnis wird uns berichtet:

In einer Besprechung mit den oppositionellen Genossen wurde zu den tattischen Streitfragen ausgiebige Stellung genommen. Wenn es auch nicht möglich war, die oppositionellen Genossen von allen ihren Bedenken in der Frage der Anwendung der Taktik der Einheitsfront und der Arbeiterregierung abzubringen, so ist doch in der Beurteilung der praktischen Gegenwartsaufgaben in Ruhrgebiet und in Sachsen fast völlige Uebereinstimmung erzielt worden. Der ernste Wille zur Konzentration aller Parteikräfte war der Grundton, der diese Auseinandersetzungen beherrschte. Die Opposition wie die Vertreter der Parteimehrheit brachten zum Ausdruck, daß sie alle jene, die die Konsolidierung der Parteikräfte stören wollen oder stören, von sich aus mit allen Mitteln in die Schranken weisen würden.

Meinungsdifferenzen müssen auf eine Art und Weise ausgeräumt werden, die die Kampfkraft der Partei nicht mindert, sondern steigert. Wir fordern deshalb alle Genossen im Reich auf, bei der Austragung dieser Meinungsverschiedenheiten sich immer von dem Gedanken leiten zu lassen, der diesen Verhandlungen zugrunde lag, nämlich die Kräfte der Partei zu sammeln und Fehler gemeinsam und kameradschaftlich abzustellen, gemeinsam eine wirkliche kommunistische Massenpartei in Deutschland aufzubauen. Das Ergebnis der Aussprache ist niedergelegt in der folgenden Erklärung:

Der Einfluss der SPD als politischer Machtfaktor ist durch die Anwendung der Taktik der Einheitsfront und der Arbeiterregierung gewachsen, die Zeichen für eine Ueberwindung der räudläufigen revolutionären Welle in eine aufsteigende mehrten sich. Der Verfallprozess der kapitalistischen Wirtschaft und Ordnung steigt. Die revolutionären Kräfte wachsen. Das zeigt sich vor allem in der Vorwärtsentwicklung der SPD zu einer wirklichen revolutionären kommunistischen Partei.

Diese Entwicklung droht durch den Streit über die Anwendung der Taktik der Einheitsfront und Arbeiterregierung innerhalb der Partei ins Stocken zu kommen. Würde der Kampf um die tattischen Differenzen zu einem Machtkampf innerhalb der Partei gesteigert und gegenwärtig ausgetra-

schärftester Weise auf den Bericht antworten. Dieser sei sicher der Anfang einer großen Hege gegen ihn, um ihn wegen seines Verhaltens aus der SPD herauszutreiben. Er werde aber den Degen nicht den Gefallen tun, davonzulassen, oder sich hinarüberdrücken zu lassen, da er ein altes Mitglied der Partei und mit seiner Organisation seit vielen Jahren verbunden sei, er werde fortfahren, für die Einheit der Arbeiter tätig zu sein, damit der Kampf gegen den Kapitalismus erfolgreich sein könne. Genossin Zetkin erwiderte darauf, sie habe das Gleiche von vielen Mitgliedern der SPD gehört und man müsse auch als SPD-Mann in proletarischer Einheitsfront kämpfen gegen die Offensive der Bourgeoisie und für die Eroberung der politischen Macht durch das Profetariat.

Kurz, der angebliche „Auftrag“ bestand in nichts anderem, als daß die Genossin Zetkin in einem Gespräch sagte, was sie vielen Tausenden von Arbeitern und Arbeiterinnen in öffentlichen Versammlungen gesagt hat. Der überaus unanständige „Auftrag“, dessen Ernst Friege „geständig“ sein soll, ist eine Frucht edler Hitler-Spartanischer Hygiene. Wenn die Ausstattung Ernst Friege mit „reichen Geldmitteln“, die jetzt gestohlene Variante des russischen Offiziers mit den Millionen Rubeln und Jewelen dürfte in feierlicher Erinnerung der „Volkswacht“ an die Zeiten entstanden sein, da die SPD so reichlich aus dem Fonds des berühmten Heimwärtler-Kapitales, um die Revolution zu bewahren und die Heiligkeit der bürgerlichen Ordnung und des kapitalistischen Eigentums zu sichern.

## Sozialdemokratische Regierungspräsidenten als Handlanger des Kapitals.

Zu der Antikommunisten bei Bitterfeld verfuhr man, den Antikommunisten zu durchbrechen. Zunächst sollen die Handlanger des Reiches von morgens 7 Uhr bis nachmittags 6 Uhr mit schändlicher Rache kämpfen. Der Regierungspräsident Bergmann-Berger (SPD) hat die

gen, so besteht die erste Gefahr einer Parteiliche. Das starke Bedenken innerhalb der Partei zur Liquidation des Parteistretzes und zur Konzentration aller Kräfte gegen den Klassenfeind und seine Helfershelfer, die Führer der SPD, ist die Gewähr dafür, daß die parteipolitische Diskussion in solche Bahnen gelenkt werden kann, daß sie die Entwicklung der Partei nicht hemmt, sondern fördert.

Von dieser Voraussetzung ausgehend, hat die Zentrale die Initiative ergriffen und in gründlichen Besprechungen mit den Vertretern der Parteiposition festgestellt, daß formelle Disziplinbrüche nicht vorliegen und daß die bestehenden tattischen Differenzen nicht so groß sind, daß sie ein gemeinsames Zusammenarbeiten von Parteimehrheit und -minderheit hemmen könnten. Die Opposition und die Parteimehrheit verpflichten sich, ihrerseits alle Elemente, die diese Zusammenarbeit stören, mit allen Mitteln, die notwendig sind, an dieser Tätigkeit zu hindern. Die Zentrale und die Oppositionsvertreter einigen sich zur Erzielung dieser gemeinsamen Zusammenarbeit auf folgende Richtlinien:

1. Es finden seitens der Zentrale keine politischen Maßnahmen der oppositionellen Genossen statt. Vorkommende Disziplinbrüche werden nach den Bestimmungen des Organisationsstatuts behandelt.
2. Jedes Parteimitglied hat das Recht der Kritik und der Meinungsäußerung in jeder Frage, soweit die Parteiloyalität nicht durch die Kritik und Meinungsäußerung gefährdet wird.
3. Die Delegation von Vertretern der Bezirksleitung und der Bezirke zu Bezirksparlamenten ist zulässig, wenn die Zentrale ihre Zustimmung erteilt hat.
4. Der Opposition wird zur Diskussion der parteipolitischen Differenzen in der „Roten Fahne“ und der übrigen Tagespresse, sowie in der „Internationale“ der erforderliche Berliner Wochenzeitung wird abgelehnt. Raum bereitgehalten. Die Schaffung einer Gruppe die Ergebnisse auf die von den Berliner Genossen eingebrachte Beschwerde anders entscheiden, so wird sich die Zentrale diesen Entscheidungen selbstverständlich fügen.
5. Die Delegation zur Aussprache über die Parteipolitik nach Moskau wird entsprechend der Einladung der Exekutive vorgenommen. Die Hinzuziehung eines Vertreters der Opposition aus Rheinland-Westfalen wird von der Zentrale unterstützt.
6. Es wird ein politischer Informationsabend für Berlin organisiert, wo mit den politischen Funktionären der Berliner Organisation und der Zentrale, wenn irgend möglich möglich, die politischen Aufgaben regelmäßig und gemeinsam durchgesprochen werden.

- Zentrale der SPD:
- Bezirk Wasserlande: Franz, Faber, Urbahn, Spämann, Reinhardt, Hommes.
- Bezirk Berlin-Brandenburg: Fröhlich, Maslow, W. Herod, Gelske, Schölermann, Schlicht, Rumann, Gerhart, Grenz, Feinung, W. Schmidt, Hesse.
- Bezirk Rheinland: Dangel, König, Goppstein.

Genehmigung erteilt, daß bis zum 30. April täglich 75 Handwerker 9 1/2 Stunden ausgebeutet werden können.

## Der „Deutsche wädere Mann“ und seine Dreifährige.

Die völligen Schmierfinken haben sich die Mühe gemacht, uns am gestrigen Tage einige anonyme Stillschreibungen zu überreichen, die wir im lokalen Teil im Wortlaut wiedergeben. Dieser teuflische Held macht uns in lieblich dufenden Worten den Vorwurf, daß wir den „Herrn Regierungspräsidenten Grünher als den Anstifter des Essener Blutbades“ bezeichnen hätten. Unserer Ansicht nach ist der Unterschied zwischen der Zurnhalle in Düsseldorf und den Kruppwerken in Essen doch so groß, daß ihn auch dieser „gebildete Mann“ wissen dürfte und daß der Grünher das Blutbad in Düsseldorf herbeigeführt hat läßt sich auch mit den „Krausausdrücken“ nicht weg erlaunieren. Diese Aufschrift, die sehr bezeichnend ist für die in den gebildeten Kreisen kundiger Männer herrschende Mentalität, ist einer von jenen Briefen, mit denen deutschböllische Heiden die Arbeiterzeitungen Deutschlands von Zeit zu Zeit „beehren“. Er beweist, daß wir im Kampf gegen die Reaktion ins Schwarze getroffen haben und die Reaktion uns zu fürchten beginnt.

Wenn übrigens der Verfasser der deutschen Stillschreibungen glaubt, daß kein Mut ausreicht, bei uns vorzusprechen um mit uns „persönlich abzurechnen“ so möge er kommen.

## Internationale Solidarität der Reaktionäre.

BBB. Washington, 10. April. Das Staatsdepartement hat der Frau des Präsidenten des zentralen Volkswirtschaftlichen Komitees, Kamin, die beschuldigte, in Amerika Forträge über die Hungerleiden der russischen Kinder zu halten, das Papsttum betrogen. Das Staatsdepartement erklärt, die Anwesenheit der Dame in

den Vereinigten Staaten sei unerwünscht. In Rücksicht auf die Gefahr, die durch die Einwirkung des Völkervereinigung hervorgerufen werden kann, hat das Staatsdepartement beschlossen, die Dame aus allen Teilen des Landes gegen ihre Zulassung eingezogen.

BBB. London, 11. April. Daily Mail berichtet: Die bolschewistische Regierung hat eine zweite Note an den Leiter der britischen Mission in Moskau in Erwiderung der britischen Proteste gegen die Verfolgung der Kirche durch die Bolschewisten. Diese zweite Note ist ebenso wie die erste, die der britische Vertreter zurückwies, der offiziellen Uebereinkunft nach London unwirksam. Es wurde gestern mitgeteilt, daß die Lage zwischen beiden Regierungen sich nicht gebessert hat und nicht einmal nationaler geblieben sei. Wie verlautet, werde die Frage der Aufrechterhaltung oder Zurückziehung der britischen Mission in Moskau sowie der Sowjet-Handelsabordnung in England erwogen.

## Ungeheuer!

BBB. Berlin, 11. April. Staatssekretär Dr. Hamm, der Montagabend in Schornhorst von den Franzosen festgehalten und dadurch verhindert war, an der Trauerfeier für die Opfer des Essener Blutbades teilzunehmen, wurde gestern abend 8 Uhr von Gastrop unter militärischer Bedeckung nach Schornhorst gebracht und aus dem Einbruchgebiet ausgewiesen. Dr. Hamm ist heute morgen wieder in Berlin eingetroffen.

## 22 Bechen befehlt.

BBB. Essen, 11. April. Bis zum 11. April sind von den Franzosen 22 Schachtanlagen befehlt worden. BBB. Essen, 11. April. Auf einer Zinkhütte, einem rein belgischen Unternehmen, sind 150 Arbeiter wegen Teilnahme an der gestrigen Beerdigung der am Osterfsonnabend Getöteten entlassen worden.

## Reichstagsitzung vom 11. April.

Eigener Bericht d. „Schl. Arb.“ 31g. Deutschnationales Komödientheater im Reichstag. Der Reichstag nahm heute nach den Osterferien seine Sitzungen wieder auf. Nach Erledigung der Tagesordnung, die eine Anzahl erster Lesungen von Gesetzesvorlagen vorsah, und nachdem der Präsident Böbe der Opfer der französischen Gewaltpolitik im Ruhrgebiet gedacht hatte, gab es zunächst ein interessantes Zwischenspiel, das die SPD in eine scheinbar recht unangenehme Situation brachte. Von unserer Seite wurde bemerkt, daß heute die Weiterberatung des Staats des Reichsernährungsministeriums mit einer Interpellation Gröppens und Genossen mit der Regelung der Getreideumlage verbunden würde. Müller von der SPD und Dittmann, der ehemalige Unabhängige und heutige Parteigenosse von Müller, traten dem entgegen mit der Begründung, daß die Interpellation aus Anlässen herabgegangen sei, die jetzt nicht mehr beständen und daß sie demzufolge keinen Wert mehr darauf lege, eine Besprechung der Interpellation herbeizuführen. Unter Hinweis auf die Sabotage der Volksernährung durch die Agrarier, und unsere Forderung, unbedingt Klarheit über die zukünftige Gestaltung und Sicherstellung der Brotversorgung zu schaffen, fand bei der Mehrheit des Reichstages kein Gehör.

## Sozialdemokraten im Bunde mit den Agrariern

und den übrigen bürgerlichen Parteien lehnten die Verbindung der Interpellation mit der Statberatung ab und so werden wir dann bei der dritten Lesung des Staats das sagen, was uns zu sagen durch den Beschluß der Mehrheit des Reichstages heute unmöglich gemacht worden ist. Dann kam die Komödie der Deutschnationalen und der deutschböllischen Helfen. Bekanntlich haben die Deutschnationalen wegen der Auslösung der sogenannten Freiheitspartei eine Interpellation eingebracht. Die 14 tägige Frist, die die Geschäftsordnung zur Beantwortung derartiger Interpellationen vorsieht, ist verstrichen, ohne daß die Regierung sich bereit erklärt hätte, für die Beantwortung der Interpellation einen bestimmten Tag festzusetzen. Diese Entschlossenheit der Deutschnationalen durch ihren Sprecher Schulz-Bromberg besonders dramatisch zu machen. Er verlangte von dem Reichstagspräsidenten, daß er die Regierung nachträglich auffordere, einen bestimmten Termin zur Beantwortung aufzugeben, da es unbedingt notwendig sei, die Besprechung umgehend herbeizuführen. Als nun jedoch durch den Redner unserer Fraktion angeheißt gegeben wurde, diese Besprechung dadurch sofort zu ermöglichen, daß noch heute im Anschluß an diese Sitzung die Besprechung durchgeführt würde, zog Herr Schulz es vor, sich auf die Nichtantwortlichkeit der Regierung zurückzuführen. Wie ein rettender Engel erschien ihm der Staatssekretär Hamm, der erklärte, daß der zuständige Reichsminister des Innern nicht anwesend sei, also für eine sofortige Besprechung nicht erscheinen könne. Man sieht also, allzu ernst ist es den Deutschnationalen Worthalten nicht mit der Erörterung ihrer Interpellation. Nach der Lage des Hauses dürfte die Interpellation vielleicht Anfang der nächsten Woche zur Besprechung gelangen. In dieser Woche wird noch der Ernährungsetat und Eisenbahnetat, in der nächsten Woche die Staats des Auswärtigen und des Wirtschaftsministeriums zur Beratung gelangen. Die Geschehnisse über das Verbot der Herstellung und des Befahrens von Abwind und über das deutsch-dänische Luftverkehrsabkommen sind in der Parteitagung in allen drei Lesungen debattiert worden.

Dreslau. Kofales.

„Als gebildeter Mann...“  
ist er Antifemist, Patriot und Freund der Sozialdemokratie!

Von einem, der tapfer genug ist, seinen Namen zu verheimlichen, wird uns folgender Brief durch die Post zugefandt:

Kurzzeit Dreslau, 9. 4. 23.

An die Hochwohlw. Redaktion des Verbocherblattes „Schlesische Arbeiter-Zeitung“!

Zunächst möchte ich mein Verwundern darüber ausdrücken, wie sich ein Mittelblatt wie das „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ nennen kann, da doch der edle Arbeiterstand durch diese in den Dreck gezogen wird, ferner Ihre Danken Schließen doch nicht etwa als Heimatland ansprechen dürfen, da diese doch sämtlich Landesverräter sind, welche den Franzosen in die Hände arbeiten und von rechts wegen in die französische Fremdenlegion gehören.

In einer Ihrer letzten Ausgaben beschreiben Sie den Herrn Regierungspräsidenten Gröner als Anführer des „Eisernen Blutbades“. Sagen Sie mal, haben Sie Scheiße im Gehirn? Entschuldigend Sie nur den letzten Ausdruck, aber als gebildeter Mann kann ich mich doch nicht Ihnen in einer anderen Art und Weise nicht unterhalten, wenn Sie überhaupt meine Entschuldigend verstehen. Herr Gröner habe ich gelegentlich seines Vortrages im Schiefwerder kennen gelernt. Er ist ein waderer, heftiger Mann. Dies genügt. Nachdem er uns in anschaulichster Weise die Qualen, welche unsere Brüder und Schwestern durch die Klassenverhinderung erlitten müssen, geschildert hat, stimmten die begeisterten Zuhörer, die ganz selbstverständlich das „Deutschland“ an. Wieder wurde der Abschluss der Versammlung durch ihre wilden Schreie unterbrochen. Das Gebrüll der „Internationale“, deren Text 18-jährigen, als Verbrecher gezeichneten Röhren natürlich nicht kommen, wurde von den Anwesenden mitleidig lächelnd aufgenommen. Es ist ja auch ihr Vorzug, mit solchen gelähmten Kaufleuten und Magabüchern zu arbeiten, denen noch der Jaunpfehl auf den Arsch gehört, denn reise und vermittlung denkende Männer können Sie doch für Ihre verbrecherischen Maßnahmen nicht gewinnen. Kommunismus ist gleichbedeutend mit Völkermord, Mist und Scheiße, wenn Sie das etwa noch nicht wissen sollten! Da Sie hochgradigen Geisteskranker besitzen, beweist Ihre dreifache Bemerkung über das Moskauer Schandurteil, mit dem Sie in Ihrer Blödsinnigkeit recht einverstanden sind. Eins jedenfalls steht fest: Der Kommunismus, welchen wir mit Mist und Scheiße bezeichnen, wird nie und nimmer sein Ziel erreichen, wenn auch noch so viel beschmierte, stinkige Juden-schwänze diese gemeingefährliche Sache finanzieren. Sehen Sie diesen Brief in Ihre Zeitung, Sie wird dann reichenden Absatz finden und vor Mitleid bewahrt bleiben. Wenn Sie Misthoch Mut genug besitzen, diesen Brief in Ihrem Aufschwung zu beantworten, dann stehe ich mit meiner Adresse gern zur Verfügung, um mit Ihnen persönlich abzurechnen. Sie meines Schwein Sie.

Der Verfasser.

Welch großes Glück für den Verfasser, daß die Sprache seines Vaterlandes so viele Worte kennt. Sonst hätte er — der außer diesem Daffensjungen ton offenbar keine Qualifikationen besitzt — den prächtigen Brief gar nicht schreiben können.

Immerhin ist der Brief interessant. Er gestattet uns einen Einblick in das Gehirn eines teuflichen Patrioten, wie wir es gar nicht besser wünschen können. Daß es in einem solchen Schädel sehr wüst aussieht, hatten wir uns schon immer gedacht. Daß aber derartige Produkte von diesem Hirn geschaffen werden, übertrifft alle unsere Erwartungen. Sehr können wir uns auch erklären, warum die Patrioten-schädel so edig sind: in ihren Winkeln sind die urteilreichen Worte aufbewahrt, von denen uns obiger Brief eine Probe gibt.

Daß der Verfasser ein Freund des Sozialdemokraten Gröner ist, nimmt uns nicht wunder. Gröner hat sich ja schon oft als Arbeiterfeind betätigt und das imponiert echten Patrioten. Für die SPD ist das sehr schmeichelfast und wir gratulieren ihr zu dem neuen Erfolg!

Daß ein echter deutscher Patriot persönlich sehr feig ist, gehört zu seinen edelsten Eigenschaften. Daher sagt es uns nicht in Verwunderung, daß der Verfasser seinen Namen feig verschweigt. Er verspricht zwar, seine Adresse mitzutheilen. Es bleibt abzuwarten, ob er nicht den besseren Teil der Saperstein wählt und weiter flieht. — Nun hat der „gebildete Mann“ zu weiteren „Anständigkeiten“ das Wort! Wo steht er?

Ein Skandal.

Der Ortsausschuß des Breslauer Gewerkschaftsartikels verweigert den Breslauer Arbeitslosen den Saal des Gewerkschaftshauses zu Versammlungszwecken.

In der letzten Versammlung der Breslauer Ortsausschuß wurde ein Schreiben des Breslauer Ortsausschußes vom 11. März verlesen, worin dem Arbeitslosenrat mitgeteilt wurde, daß das Gewerkschaftshaus den Arbeitslosen

nur zur Verfügung gestellt werden könne, wenn dem Gewerkschaftshaus Garantien gegeben würden, daß das Eigentum der Breslauer Arbeiter nicht beschädigt würde. Weiter heißt es in dem Schreiben, daß solche Garantien nach den bisherigen Erfahrungen mit den Arbeitslosen nicht vorhanden seien.

Dieser Beschluß des Breslauer Ortsausschußes, der den Arbeitslosen den Vorwurf macht, daß sie das Eigentum der organisierten Arbeiter beschädigt hätten, beantwortete die Frage des Arbeitslosenrates, ob das Gewerkschaftshaus zur Verfügung gestellt wird, weder mit einem glatten Ja noch mit einem glatten Nein. Der Breslauer Arbeitslosenrat stellte daher nochmals offiziell die Anfrage an den Ortsausschuß, ob das Gewerkschaftshaus gegen Bezahung den Saal des Gewerkschaftshauses zu Versammlungen der Arbeitslosen hergeben würde. Daraufhin antwortete der Ortsausschuß noch einmal klipp und klar, daß die Arbeitslosen gegen Bezahung den Saal nicht erhalten können.

Der Ortsausschuß des Breslauer Gewerkschaftsartikels identifiziert sich also mit den Maßnahmen des latifundium betannten Debonomen des Breslauer Gewerkschaftshauses, Herrn Rasch, Rasch, der es fertig brachte, vor Jahren eine Hausangestellte, die im Gewerkschaftshaus beschäftigt war, schwer zu mißhandeln und trotzdem weiter auf seinem Posten gehalten wurde, verweigert nämlich grundsätzlich allen denen das Breslauer Gewerkschaftshaus, die in Opposition zur allein seligmachenden Kirche, der Breslauer Sozialdemokratie stehen. Er erklärt wiederholt öffentlich und privat, daß er, solange er Debonom des Gewerkschaftshauses sei, verhindern werde, daß Kommunisten den Saal des Gewerkschaftshauses erhalten. Als kürzlich im großen Saal des Schiefwerder ein Kongress stattfand richtete Genosse Fischer an Herrn Rasch die Bitte, ihm zu gestatten, mit dem Personal des Orchestervereins, das in den nächsten Tagen bei der Liebtnecht-Feier mitwirken sollte, eine Probe abzuhalten. Obwohl es sich in diesem Falle doch um eine durchaus unpolitische Veranstaltung handelte, lehnte Herr Rasch in unglaublich pöbelhafter Weise am Telefon das höfliche Ersuchen des Genossen Fischer ab.

Dieser Herr Rasch verhindert es auch, nach den Mitteilungen, die wir erhalten, daß die Arbeitslosen den Saal des Gewerkschaftshauses für ihre Versammlungen bekommen. Er behauptet der Wahrheit zuwider, daß die Arbeitslosen vor Jahren einmal Stühle und Tische beschlagnahmt hätten und hat durch jene verlogene Behauptung den Beschluß des Ortsausschußes herbeigeführt.

Wie uns von Seiten der Arbeitslosen berichtet wird, kam es im Jahre 1920 anlässlich einer Arbeitslosenversammlung wohl einmal im Gewerkschaftshaus zu Austritten. Die Schuld daran trug aber nicht der Breslauer Arbeitslosenrat, sondern die Schuld trugen einige Versammlungshüter, welche freigezwergenschaftlich organisierten Bauarbeitern, die ihr Mitgliedsbuch im Verbandsbüro zur Abrechnung übergeben hatten, den Eintritt mit der Begründung verweigerten, daß nur Arbeiter, die im Besitze des Mitgliedsbuches einer freien Gewerkschaft sind, den Saal betreten dürfen. Abber auch damals ist das Eigentum des Breslauer Gewerkschaftshauses nicht beschädigt worden.

Selbst angenommen, daß im Jahre 1920 bei jener Auseinandersetzung ein Stuhl oder ein Tisch beschädigt worden wäre, so ist dies immer noch kein Anlaß nach 4 Jahren den Arbeitslosen den Saal zu verweigern. Wir stellen fest, daß die Breslauer Arbeitslosen seit Jahr und Tag sowohl im großen Saal des Schiefwerders als auch im Saal des „Kronprinzinnen“ ihre Versammlungen abhalten, und daß beide Wirte noch niemals Ursache zu Klagen hatten. Wenn die bürgerlichen Gastwirte ihren Saal den Arbeitslosen hergeben, welchen Anlaß kann dann der Debonom des Gewerkschaftshauses, Herr Rasch, haben, von den Arbeitslosen Garantien zu verlangen, bzw. ihnen den Saal zu verweigern? Es ist beschämend für alle Mitglieder des Ortsausschußes des Breslauer Gewerkschaftsartikels, daß sie sich von dem aus niedriger Gefälligkeit handelnden Rasch händersicht führen lassen und nicht soviel Solidaritätsgefühl ausbrachten, um der Arbeitslosen den Saal, der an den Vormittagen meistens leer steht, gratis zur Verfügung zu stellen. Daß aber der Breslauer Ortsausschuß sich weigert, den Arbeitslosen sogar gegen Bezahung den Saal herzugeben, das ist ein Schlag ins Gesicht jedes freigezwergenschaftlich organisierten Arbeiters.

Diese neueste Tat des Herrn Rasch ist empörender, als derselbe Herr Rasch kürzlich den öffentlichen Kurpfuschern den Saal für einen öffentlichen Vortrag hergegeben hat.

Wir richten an die gesamte freigezwergenschaftlich organisierte Arbeitererschaft vor allen Dingen an jene Vertreter im Gewerkschaftsartikels, die noch proletarisches Empfinden haben die Anfrage, wie lange sie dieses Schandurteil des Rasch dulden wollen. Die Breslauer Arbeitslosen, die jahrelang ihre Beiträge zu den Gewerkschaften bezahlten und die Bauformarten zum Bau des Gewerkschaftshauses geleistet haben, haben ein unbedingtes Anrecht auf den Saal des Gewerkschaftshauses. Die Verweigerung des Saales des Gewerkschaftshauses für Versammlungszwecke der Arbeitslosen ist eine Schmach, die die Breslauer freigezwergenschaftlich organisierte Arbeitererschaft nicht auf sich sitzen lassen darf.

Die freie Kongressveranstaltung veranstaltet am Sonntag den 15. April, nachmittags 5 Uhr, im Schiefwerder ein Kongress, dessen Besuch wir allen Leuten empfehlen.

† Zur Angestelltenversicherung. Nach einer Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 17. März 1923 über Versicherungsbeitrag in der Angestelltenversicherung ist die Versicherungsgrenze vom 1. März 1923 ab auf 720 000 Mark erhöht worden. Es sind daher alle Angestellten mit einem Jahresarbeitsverdienst von mehr als 720 000 bis 7 200 000 Mark (monatlich mehr als 60 000 bis zu 600 000 Mark) in 13 Gehaltsklassen mit einem Monatsbeitrage von 4840 Mark zu versichern. Die Gehaltsklassen 1-12 und die Beitragsätze bleiben unverändert bestehen. Wer die für die Versicherungsbeitrag maßgebende Grenze des Jahresarbeitsverdienstes von 720 000 Mk. überschreitet, schließt erst mit dem 1. Tage des vierten Monats nach Ueberschreiten der Versicherungsgrenze aus der Versicherungsbeitrag aus (Arbeitgeber und Stellenwechsel sind fortan ohne Belang). Wird innerhalb dieser Zeit die Versicherungsgrenze geändert, so bestimmt sich die Versicherungsbeitragspflicht von dem Inkrafttreten dieser Verordnung an nach den neuen Vorschriften. Die bisher ausgesprochenen Beitragsleistungen von der eigenen Beitragsleistung nach § 390 ABG. werden durch die neue Verordnung nicht berührt.

Provinzielles.

Altwaßer. Taschen zu. In letzter Zeit erscheinen Hausmänner für eine Nothilfe für das evangelische Schriftentum, herausgegeben vom evangelischen Konsistorium für Nieder- und Oberschlesien. Vorwärtsstrebende Arbeiter, beteilige euch nicht an einer Sammlung die bezweckt, euch in geistiger Beziehung zu verdamnen oder, wie in Fragen der weltlichen Schulbewegung, euch zu bekämpfen. Arbeiter, macht die Taschen zu, einen Einfluß über die gesammelten Gelder besitzt ihr nicht.

Waldenburg-Altwaßer. Mieterversammlung. Im vergangenen Sonntag fand im großen Hof die fällige Monatsversammlung des hiesigen Mietervereins statt. Geschäftsführer Auer berichtete über die Bestrebungen der Hausbesitzerorganisationen, die wenigen Ervingen des Reichsmietengesetzes zunichte zu machen. Der Waldenburger Magistrat zeigt sich den Hausbesitzern sehr entgegenkommend. Die neueren Vorschläge ab 1. April zeigen uns, daß der Magistrat auf alles andere als auf die Interessen der breiten Mietermassen bedacht ist. Falls diese Belastungen, die sich besonders auf die Sozialrentner auswirken und bei den Hausbesitzern weitere Vergünstigungen bedeuten, nicht aufhören, wird die gesamte Mietererschaft in den Streit treten müssen. Die Herren Hausbesitzer möchten für die Eingehung der Kontraktalabgaben nach Extraorganen auf Kosten der Mieter haben. Geschäftsführer Auer wies ferner das Verhalten der verschiedenen Gewerkschaftsführer, die es nicht für notwendig halten, der Mieterbewegung auch nur die geringste Beachtung zu schenken. Auch bei Lohnverhandlungen ziehen sie nicht die dauernden Mietsrückstellungen mit in Betracht. Ebenso haben sich die parlamentarischen Arbeitervertreter nicht mit dem nötigen Nachdruck für die Mieterinteressen eingesetzt. (Wahrscheinlich die SPD-Stadträte im Magistrat). Es ist mithin zu verstehen, wenn die Hausbesitzerorganisationen drauf und dran sind, bei der Regierung die wenigen Reste des Reichsmietengesetzes zu beseitigen. Mehr denn je ist es daher notwendig, daß die Mietererschaft geschlossen auftritt und ihre Vertreter in den Parlamenten zwingt, die Maßnahmen der Hausbesitzerorganisationen zu durchkreuzen.

Waldenburg. Mülleimerbehaftung. Das städtische Wirtschaftsamt gibt bekannt: Nach unseren Feststellungen muß ein großer Teil der Mülleimer erneuert werden. Die heabsichtigten daher sofort einen größeren Posten, Muster „Vitor“ zu bestellen. Der Preis für ein 40 Liter fassendes Gefäß wird voraussichtlich 40 000 Mk. betragen, während die großen 80 Liter fassenden Kolonial-eimer nicht unter 105 000 Mk. je Stück abgegeben werden können. Wir eruchen um sofortige Bestellung des Bedarfs bis zum 7. d. Mts., weil nach diesem höhere Preise zu erwarten sind.

Städtische Badeanstalt. Von Anfang April bis Ende September ist die Badeanstalt von Dienstag bis Sonntagabend jeder Woche von 7 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachmittags, Sonntags von 7-11 Uhr vormittags geöffnet. Dampfbäder werden wie bisher von Mittwoch bis Sonntagabend von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachmittags verabsolgt. (Freitag nachmittags von 2-7 Uhr für Damen.) Am Montag bleibt die Anstalt geschlossen. Jeden Mittwoch ist billiger Tag für Jugendliche (bis 14 Jahre) im Schwimmbad. Die Ermäßigung beträgt gegenüber dem jeweiligen Preise 100 Mk.

Bittersbach. Marzippin: Her Bildungsziele. Die Ortsgruppe hat beschlossen, in allernächster Zeit einen Marzippin Bildungsziele zu veranstalten. Die Zeitung dieses Bildungsziele fest

in den Händen des Genossen Mich. Schulz. Jedem Parteimitglied, das gemittelt ist einbringen in die Bräutigam des Marzippin, ist überdurch dazu Gelegenheit gegeben. Es wollen sich jedoch nur solche Mitglieder melden, die bei jeder Zusammenkunft anwesend sein können. Die revolutionäre Disziplin wird eine der wichtigsten Grundlagern sein, auf die dieser Bildungsziele aufgebaut sein wird. Meldebefehl ist bis 15. April. Nach diesem Termin werden keine Neineinschreibungen mehr angenommen. Meldebefehl nimmt der Genosse O. Reinhold entgegen. Dieser Bildungsziele trägt den Namen: „Marzippin Bildungsziele der RPD Ortsgruppe Bittersbach.“

Werbewoche. Die Parteigenossen und Genossinnen werden noch einmal auf die vom 15. bis 22. April laufende Werbewoche aufmerksam gemacht. Treffpunkt aller Mitglieder Sonntag den 16. April, vormittags 9 Uhr, Schule Amalienstraße. Auf zur Werbewoche! Jedes Mitglied ist verpflichtet, einen Beitragsleser für unsere Zeitung zu bringen.

Waldenburg. Kommunistische Jugend. Der letzte Helmhof im Waldenburger Kolonnenzone brachte unserer Jugend einen guten Erfolg. Vom Genossen Ulrich wurde der Arbeitserfolge. Er ermahnte die Mitglieder, ihre proletarische Arbeit mit Ernst aufzunehmen und durch fleißige Agitation die RPD zu stärken. Durch Gesang und gefällige Spiele wurde der Abend ausgefüllt. Acht Jugendliche traten sofort der Arbeiterkassen sendet erste schuleklassen Kinder zu und Arbeiterjugend und -mädchen, kommt in die kommunistische Jugend!

Waldenburg. Genossen Eugen. In letzter Zeit ist im hiesigen Orts eine Wohlthätigkeitsaktion im Leben gerufen worden, aber die zu sprechen eine dringende Nothwendigkeit ist. Es handelt sich wieder, wie so oft in unseren Tagen, um eine gewisse Notgemeinschaft, die berechnet ist, auf Kosten der Arbeiter Elemente zu unterstützen, die, bei Nichtersehen, nicht berechnung sind, sich von Arbeitergroßen im Leben durchbringen zu lassen. Es genügt nicht mehr, wie üblich, Geldmittel auf alle mögliche Art zu sammeln, sondern man muß sich den Verhältnissen an und geht mehr auf den Gang. Eine gewisse Idee. Man hat durch Erfahrung gewonnen und weiß, daß jeder Arbeiter nur mit schwerem Geringes Geld bereitzustellen imstande ist, da die täglichen Ausgaben nicht hinreichen, um das nackte Leben zu fristen. Nun soll etwas anderes den Arbeitern abgezapft werden, und das sind die gezahlten Bissen auf dem Tisch des Arbeiters, die höchst wahrscheinlich zahlreich sein müssen, nach Schätzung der Warmherzigen, die diese Unterstützung im Leben gerufen haben. Nach unserer Orientierung wird mutmaßlich diese Unterstützung von sozialistischer Seite aus betrieben und sie sind bestrebt, Gelegenheits- wie event. Wochenleistungen für Bedürftige sicherzustellen. Sie geben an, daß die Vertreter der Arbeitererschaft diese Unterstützung beifürworten haben, jedoch wissen die Vertreter der Gewerkschaft und unserer Partei sowie vielleicht auch die der SPD, nichts davon. Ihre Einwilligung ist nicht gegeben worden, und es hat sich auch bereits herausgestellt, daß Personen gepocht werden sollen, die es nicht nötig haben. Am Ortsbesteht ein Arbeiter-Wohlfahrtsausschuß, und es ist uns der Zweck dieser geschilderten Veranstaltung nicht verständlich. Vielleicht will man einige Gatenkreuzer oder Jesuiten damit an die Waldenburger Luft gewöhnen, vielleicht befinden sich auch welche auf der Durchreise. Man kann ja nicht wissen, wie diese Subjekte ihr kommunistisches Leben abwickeln, wir haben nur eine Vermutung. Wenn wir unser Menschlichkeitsgefühl sprechen lassen, so mir dann, um den Arbeitserlöbern, dem notleidenden Genossen zu helfen. In Zukunft Vorsicht bei der Bezeichnung von Unterstützungen, so wie bei jeder Sammlung. An den Bürgermeister richten wir die Anfrage, ob er dagegen einschreiten will. Da es sich um kein genehmigtes Unterstützungsweil handeln kann, so dürfte doch etwas dagegen unternommen werden. Oder sollen wir Kommunisten nur diejenige sein, die so streng unter das Auge des Gesetzes genommen werden. Wir haben einst ein Strafmandat erhalten, wo wir zu Gunsten der Angebrannten im Bauverein gesammelt haben, und wir fordern gleiches Einschreiten der Behörde gegen dieses auf Kosten der Arbeiter geplante Werk.

Waldenburg. Das Kapital frisst Kinder. Ein gräßlicher Unglücksfall ereignete sich im Betriebe der Schlesischen Textilwerke Oberlepperdorf. Ein erst Ostern der Schule entlassener Beringling glitt aus und wurde zu Tode gequetscht. — Das ist die „Freiheit“ der schuleklassen Proletarierjugend, sich von den Kapitalisten hinmorden zu lassen! Arbeiter, macht endlich diesem System ein Ende!

Waldenburg. Produktiv-Genossenschaft. Die durch den besonders rührigen Genossen Bargarb am Sonntag vorgenommene Einfassierung der Anteile für unsere Produktiv-Genossenschaft ergab 30 200 Mark. Diese Summe ist um so bedeutungsvoller, als der größte Teil der Genossenschaftler kurz arbeitet. Nur weiter an Werk. Jeder Genosse muß Mitglied der Genossenschaft werden, um auch auf diesem Wege unserem Ziele näher zu kommen.

Waldenburg. Berühmt und berichtigt. Der Gemeindevorstand sendet uns auf Grund des § 11 des Verwaltungsverordnungs vom 1. April 1923 die Bescheid, daß die Schindmühle in Nr. 43 unserer Zeitung nachstehende Verichtigung:

Der Gemeindevorstand hat nichts wegen der Schulreinigung angeordnet. Dem Artikelverfasser mußte bekannt sein, daß die Schulangelegenheiten vom Schulvorstand des Gemeindevorstandes verwaltet werden, nicht vom Gemeindevorstand. Es widerspricht nicht den Tatsachen, daß bis vor kurzem eine Frau für die Reinigung der Schulräume pro Stunde drei Mark erhalten hat. Im Oktober 1922 erhielt die Reinigungsfrau bei wöchentlichem wöchentlichem Reinigung monatlich 120 Mark. Als die Frau die Reinigung aufgab, weil sie mit Lauchmischungen mehr verdienen, hat die andere Frau noch keine Berechnung des

Reinigung übernommen. In der Sitzung vom 5. Mai 1922 wurde dem Mitgliede des Schulvorstandes Herrn Bergmann Paul Menzel, die Vollmacht gegeben, wegen der Schulreinigung mit einer Frau den Preis zu vereinbaren. Nach einiger Zeit hat sie wegen Krankheit die Reinigung abgegeben. Der Schulvorstand hat vergeblich durch seinen Kantanten bei mehr als zehn Frauen des Ortes wegen der Reinigung angefragt, der Preis für die Arbeit war freigestellt. Keine fand sich. Aus diesem Grunde mußte der Schulvorstand zu seinem Bedauern die Reinigung der Schulräume durch Kinder zulassen, hat sich aber sorgfältig um die Gewinnung einer Frau für die Arbeit bemüht. Es ist nicht wahr, daß die Arbeitende die Schulräume schweißend rein machen müssen. Freiwillig gegen Bezahlung haben sich Kinder aus allen Ständen, auch nur Arbeiterkinder, zu dieser Arbeit angeboten.

**Der Schulvorstand.**  
gez. Banzel, Vorstandsvorsteher.  
Den Wert dieser Beschäftigung kennzeichnet die Entlohnung nicht den Tatsachen, daß die Frau eine Frau für die Reinigung der Schulräume pro Stunde 3 Mark erhalten hat. Die Frau erhielt für dreimal wöchentliches Reinigen monatlich 120 Mark. Also, bei vier Wochen im Monat mußte die Frau zweimal die Zimmer reinigen. Für jede Reinigung bekam sie nämlich 10 Mark. Daß sich mehrere Schulzimmer nicht in einer Stunde reinigen lassen, leuchtet jedem ein. Nun mag sich jeder Arbeiter selbst ausrechnen, was die Frau pro Stunde verdient hat und daran den Wert vorstehender „Beschäftigung“ ermessen.

**Schönberg 02. Ausbeutergehinde.**  
Ich kann es nicht begreifen, was die Arbeiter mit dem vielen Gelde machen wollen, so sprach der Herr Ortsbürgermeister und Vorsitzende der Weidgenossenschaft von Schönberg, Steinbrück, aus Schönberg in der letzten Sitzung der genannten Genossenschaft, als der Wirtschaft ein höheres Gehalt antrug. Dieser seine Vorstehende schämt sich nicht, dem Arbeiter einen Wochenlohn von 1000 Mark anzubieten. Als derselbe Ortsbürgermeister einige Drainierer beschaffte, wollte er ihnen für einen Meter 90 Mark Arbeitslohn geben. Das entspricht bei ganz tüchtiger Anstrengung einem Stundenlohn von 540 Mark. Als ihm ein Drainierer sagte, er müsse für einen Meter mindestens 200 Mark geben, antwortete der Ortsbürgermeister, er müsse Fleite machen (!) Der Herr Drainiermeister Guttl. Schön vertritt dabei noch diesen Herrn. Er fordert fortwährend die Arbeiter aus, billiger zu arbeiten, denn sonst bekommt er keine Arbeit mehr. Darum bekommt er den Höchstlohn von 1000 Mark und schreibt 120 Mark für den Meter bei 1,20 Meter Tiefe. Dies entspricht wiederum einem Stundenlohn von 480 Mark.

Auch der Vieh- und Schweinehändler Max Garbe, welcher kann vor Festigkeit aus den Augen sehen kann, ist ein solcher Ausbeuter. Er zahlt seinem Antizier den städtischen Wochenlohn von 500 Mark und freie Kost und Logis. Als der Antizier am 1. April höheren Lohn forderte, sprach der Viehhändler: „Menschenskind, du bist wohl verrückt geworden? Wo du im Monat mindestens 6000 Mark Lohngehalt machst, willst du nicht auskommen?“ Es ist hoch nämlich eine städtische Summe, diese 6000 Mark. Und sie sollen zur Bekleidung und als Gehalt reichen. Darum, Arbeiter von Schönberg und Umgebung, merkt euch diese Arbeitergehälter und zahlt ihnen bei der nächsten Gelegenheit den wahren verdienten Lohn zurück. Der soll aber reichlicher ausfallen.

**Zhendran. Ein neuer Heiland.** Man glaubt sich in die Zeit des höchsten Mittelalters versetzt, beobachtet man das Treiben eines Schwablers, welcher, nachdem er in den verschiedensten Orten herumgewandert, auch in unserer Gegend aufgetaucht ist. Betreffender Herr besigt die wunderbare Gabe, gesund zu beten. Nun, wer es nicht glaubt, der frage ihn selbst oder besser, er versuche eine Kur bei diesem göttlichen Medizinmann und er wird sein blaues Wunder erleben. Vorausgesetzt, daß er alles glaubt, was ihm der betreffende Wundermann erzählt, denn sonst hat diese ganze Kur keine Wirkung. Ausgerichtet mit dem festen Glauben an Gott und das wunderbare Können betreuender Magister, was er auch dazu sich noch ein wenig geduldet, denn die Wirkungen dieser Wunderkuren erscheinen, seinen eigenen Erzählungen zufolge, immer da aufzutreten, wo er sich gerade momentan nicht befindet. Daß er auch die Opfergaben nicht verschmäht, die ihm dazu auch reichlich zufließen, ist wohl nicht weiter bemerkenswert. Denn schließlich gehört dies eben alles mit zum Geschäft, wenn es auch nicht der ausschließliche Zweck desselben ist, denn das ist ein anderes. Die Geschäftswelt wäre nämlich belustigend, wenn sie nicht ihre ersten Seiten hätte. Endlich die Versammlungen und Zeremonien dieses Gebührenden besser besetzt, als je eine politische Versammlung in unserer Gegend. Vorwiegend sind es allerdings Proletariatsmänner, welche diesen Herrn auf die ausgesetzte Leinwand kriechen. Denn sie in ihrer eigenen Hilfslosigkeit und dem Glauben, welches sich leicht an ihnen in der höchsten Weise ansetzt, legt sie ihnen ein Kreuz auf, das sie ganzes Leben lang tragen müssen. Die Kapitalistenklasse hat dafür eine feine Stufe und schon ihre bescheidenen Augen auf Land, welche sie unter dem verächtlichen Namen und Verschönerungen, diesen nun der kapitalistischen Gesellschaft ein weiches getrocknetes und geschwundenes Opfer annehmen und tragen, das es gut sei, sich hinterher zu setzen und zu lassen, da man es dafür im Himmel besser habe. Um die ganze Geschäftswelt zu machen, verlangt man sich zu dem kranken Heilbesuch, was man ihm in vorliegenden Fälle gesehen. Zwei der ganzen Weltung ist die Summe der Arbeiterkassen zu sammeln und sie davon abzugeben, die meisten Arbeiter ihrer Verleumdung zu erlernen. Die ganze Anwesenheit und Gesundheit, mit welcher unsere Gegner und deren Agenten es versuchen, an die Reihen der Proletariatsmänner heranzuziehen und sie ihren Fesseln dienstbar zu machen, muß man ein Mitspieler sein, wie es bisher in dieser Richtung zu wissen und sie den Klauen dieser Klasse in Schlingen zu entziehen, indem wir sie auf den Weg bringen, auf welchem sie allein vorwärts gehen werden, welcher ihren Leben Gehalt und Gehalt geben wird und ihnen die Aussicht auf eine bessere Zukunft gewährt, den Weg des Klassenkampfes.

**Oppeln. Demonstration der Arbeitslosen.** Die 400 Arbeitslosen demonstrierten am letzten Montag vor dem hiesigen Magistrat, während einer Vorberatung bei dem Oberbürgermeister vorstellig wurde und Arbeit verlangte. Selbstverständlich hatte die Schupo nichts erlittener zu tun, als auf „höheren“ Befehl die Hungernden auseinander zu jagen. Billige Verordnungen waren es, die der Magistrat für seine hungernden Bürger übrig hatte. Mit dem Bemerkten, daß — wenn die gemachten Versprechungen, endlich Arbeit zu beschaffen, nicht eingehalten werden — die Arbeitslosen trotz Schupo und Reichswehr noch mal, aber in anderer Form, ganz gleich was da komme, aufmarschieren werden, endete die Demonstration.

**Ein Arbeitsloser.**  
— Enorme Mietsteigerung. Nach einer vertraulichen Mitteilung des Wohlfahrtsministeriums (gez. Grütze) ist es den einzelnen Städten überlassen, ohne vorherige Rücksprache mit den interessierten Organisationen (Mieterschutzbund), die Verwaltungskosten bis auf 600% und die laufenden Instandhaltungskosten bis auf 1500% zu steigern. Das altbekannte Entgegenkommen des hiesigen hiesigen Magistrats (der noch zu dreiviertel aus Mieters Befehl) veranlaßt denselben, scheinlich die Verordnung heranzuziehen und die Verwaltungskosten auf 500% und die laufenden Instandhaltungskosten auf 1400% heraufzusetzen. Christliche Mieter, graut euch nicht vor eurem eigenen Magistrat? Ein Protest des Mieterschutzbundes blieb bis jetzt ohne Wirkung.

## Aus Gewerkschaften und Betrieben.

**Betriebsräte und Gewerkschaften.**  
Zu den kommenden Betriebsrätewahlen haben bereits die Spitzen der Gewerkschaften ihre Richtlinien herausgegeben. Es wird unterteilt nicht der allergrößten Anstrengung bedürfen, um auch dieses Jahr in den Betriebsräten unsere Genossen zahlreich vertreten zu haben. Wir können mit Vergnügen rückblickend feststellen, daß unser Einfluss innerhalb der Betriebsräte ein guter war. Die Vergangenheit hat gezeigt, daß die Beschäfte und Wege, wie sie von unzähligen Betriebsratetagen und Konferenzen beschloffen und beschritten wurden, fast immer parallel mit denen der kommunistischen Partei gingen. Aus diesem Grunde erklären sich auch die Anstrengungen, welche die Regierung und mit dieser oft zusammen auch die Gewerkschaften gegen den Einfluss der Betriebsräte auf die Gesetzgebung machten, um dies zu verhindern.

Anders liegen die Dinge für uns auf gewerkschaftlichem Gebiet. Wir haben bis jetzt noch nicht verstanden, den für uns günstigen Einfluss auf die Gewerkschaften zu übertragen. Daran ändern auch nichts die Tatsachen, daß wir in einigen Ortsgruppen und Bezirksleitungen die Mehrheit haben. Wir müssen den Dingen ins Auge schauen, so wie sie liegen und besonders dann, wenn sie uns nicht gefallen. Dabei müssen wir feststellen, daß auf den verschiedenen Verbandstagen des vergangenen Jahres es den kommunistischen Delegierten nicht in einem einzigen Falle möglich war, auf Grund des Kräfteverhältnisses die Zagung entscheidend zu beeinflussen. Selbst der Gewerkschaftskongress in Leipzig zeigte mit aller Deutlichkeit, daß auf diesem Gebiete von uns noch viel Arbeit zu leisten sei. So, wie die wissenschaftliche Definition den Begriff Arbeit erklärt, ist nur das Arbeit, was planmäßig geschieht. Dies trifft in höchstem Maße auch auf die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften zu, doch mangelt es da noch an Vielem. Da durch unseren Einfluss innerhalb der Betriebsräte der Nachweis erbracht ist, daß der Kampfplan für die kommunistische Propaganda ein guter ist, handelt es sich jetzt nur darum, die nötige Sorgfalt und Planmäßigkeit in unserer Tätigkeit in den Gewerkschaften zu legen.

Der 3. Weltkongress hat mit aller Deutlichkeit festgestellt, daß als Bedingung für die Erlangung der politischen Macht durch die Arbeiter die Erwerbung der Gewerkschaften angestrebt werden muß. In Anbetracht dieser Notwendigkeit haben die Kommunisten in den Gewerkschaften durch die Zellenbildung die bestmögliche, ihren Einfluss in ideologisch und organisatorischer Beziehung zu vertiefen und auszubauen. Das kann natürlich nicht von hoher Parte aus geschehen, indem die Massen keine Arbeit halten, sondern besser ist es, wenn in engerer Kleinarbeit, sei es als Unteroffizier oder hiesiger Funktionär von unten aus der Pan der Opposition geschaffen wird. Den Weg zu werden dadurch die Argumente erfinden, welche sie für sich immer noch als die besten halten, daß wir Kommunisten wohl Kritik über, aber sonst jede praktische Kleinarbeit scheuen. Nicht minder wichtig ist es, daß die Fortschritt der Opposition auf einem in proletarischen Sinne zureichenden Lebenswandel zu beruhen hat, denn auch durch diese Schritte ist manche wachsend und gut aufgerichtete Opposition durch demagogische Wirksamkeit der Gewerkschaftsvertreter zu Fall gebracht worden.

Innerhalb aller größeren Gewerkschaften macht die planmäßige Tätigkeit der Kommunisten erstens die Fortschritt. Wegen die teilweise schlechten, schlechten Tunes (ich auch mit aller Demagogie dagegensetzen. Wenn das soll ausreichen und der Kampf losbricht,

so wie Schiller damals allerdings im nationalen Sinne sagte, dann wird dieser Sturm den morschen Wald der Gewerkschaftsbürokraten hinwegfegen, sowie heute ihre Sinnungslose, die Menschheit in Rußland außer der Schotlage, die sie leben, zur Bedeutungslosigkeit verurteilt sind. Vor allen Dingen müssen unsere Genossen die nötige Ausdauer mitbringen, damit die Rückschläge, die ja in jeder Bewegung sich einstellen, überwunden werden.

## Der Arbeiter in Sowjet-Rußland. Die Bilanz der kommunistischen Wirtschaftspolitik. Die Löhne in Sowjet-Rußland.

(Fortsetzung.)  
Wie weit der Verfasser in seiner Jongleurkunst sich veranlagt hat, wird aus der folgenden Zusammenstellung der tatsächlichen Daten über Arbeitslohn mit den Erfindungen von Dan ersichtlich:

**Lohn des russischen Arbeiters im Jahre 1922.**  
Nach den Angaben der Arbeitsstatistik.

Monate	die nominelle Lohnhöhe in Vorkriegsrubel	In % des Vorkriegslohns
Januar	7,70	34,1
Februar	6,71	29,4
März	4,24	18,6

**Nach den Angaben der Arbeitsstatistik.**  
Der Durchschnittslohn der Industriearbeiter im Jahre 1922.

Monate	In ganz Rußland		In Moskau	
	In % des Vorkriegslohns	In % zum Jahre 1913	In % des Vorkriegslohns	In % zum Jahre 1913
März	6,14	27,9	8,58	34,3
April	5,69	25,8	7,71	30,8
Mai	6,91	31,4	12,16	48,6
Juni	7,39	33,6	12,87	51,0
Juli	7,96	36,2	12,73	50,9
August	8,92	40,5	14,36	57,4
September	9,04	41,1	15,31	61,2
Oktober	9,40	43,2	14,35	57,4
November	9,35	42,5	17,39	69,5
Dezember	10,60	48,2	19,22	76,9

Die hier angeführten Angaben beziehen sich auf den, dem Arbeiter tatsächlich ausbezahlten Lohn, und deshalb sind die weiteren Angaben über den Abzug für Versicherungen usw. hinzuzufügen. Um den Realwert des Lohns richtig bewerten zu können, muß noch in Betracht gezogen werden, daß die kommunalen Leistungen (Elektrische Bahn, Licht, Reinigung, Wasser usw.) in dem ersten Drittel des Jahres 1922 den Arbeitern unentgeltlich erteilt wurden und daß sie in unseren Ziffern nicht eingeschlossen worden sind. Der Reallohn war daher in jenen Monaten um ungefähr 15 Prozent höher als die Ziffern ausdrücken. Außerdem haben wir hier die Ergänzungsformen des Geldlohns nicht berücksichtigt, wie z. B. die Naturalien, verschiedene Dienstleistungen usw., die in weitestem Maße in allen Industriezweigen angewendet wurden und noch werden.

Dies beweist, daß auch für die schlechtesten Monate, in denen der Lohn infolge des Hungers und der schweren Verhältnisse des Landes so niedrig wie nur möglich gehalten werden mußte, die Ziffern doch bedeutend kleiner angegeben sind, gegen das Ende des Jahres haben wir durch allmählichen Aufschwung die Erhöhung des Reallohns bis auf 60 Prozent des Vorkriegslohns erreicht.

Für einzelne Zweige der Leichtindustrie hat sich dieser Prozentsatz bis auf 98—107 Prozent erhöht. Diese ungeheure wichtige Tatsache wollte Dan den deutschen Arbeitern offenhalten. Um seine Ziffern noch krasser zu stellen, hat Dan die Bewegung des Reallohns mit der Kurve der Preisbewegung verglichen und den Schluß gezogen, daß der tatsächliche Reallohn des Arbeiters noch niedriger ist. Aber auch dieser Schwindel wird sofort klar, wenn man in Betracht zieht, daß bei uns der Lohn in Vorkriegsrubel gemessen wird (nach dem Budgetindex), welcher den Einfluss der Steuervermehrung auf das Budget des Arbeiters restlos berücksichtigt.

Sowohl die Gewerkschaften Rußlands, wie auch die Wirtschaftsorgane und die Sowjetregierung im Ganzen, halten auch den gegenwärtigen Lohn für sehr ungenügend. Jede geringste Steigerung des Ertrages der Industrie wird zur weiteren Erhöhung des Lohnes führender Aufkündigung und Arbeitsbedingungen.

Nach seiner „glänzenden“ Schilderung der materiellen Lage der Arbeiter in Rußland geht Dan zur Darstellung der Gesetzesvorschriften über, die den Arbeiter in Rußland zu „hohen Löhnen“ — „Der Achtundzwei, die höchste Ertragskraft der Revolution, liegt in Rußland schon tatsächlich im Reiche der „Bergangenheit“ — schreibt der Verfasser, und zur Beweiskraft zitiert er völlig bedrohlich das schon längst abgeänderte Gesetz vom Jahre 1920, und mit einigen Worten die Notizen aus Zeitungsartikeln um, für die Sätze aus „Reden, von denen unbekannt ist, wer sie gehalten hat, — mit einem Worte bedient er sich der vollkommensten Methode: mit aus einem werthlosen Grunde.

beruht er völlig den armen Arbeitern, der alle früher herausgegebenen Gesetze abändert.

Und in diesem Maße ist die Zahl der Überstunden strengstens bis auf 120 im Jahre begrenzt. Selbstverständlich gilt auch diesem Kodes als einzige allgemein gültige Norm der Arbeit in den Fabriken die achtstündige Arbeitszeit, in den Betrieben die sechsstündige Arbeitszeit, wobei in den Fabriken am Sonnabend nur 6 Stunden zu arbeiten ist.

Als die Parteien geschrien wurde, daß der Verfasser jagend die Resultate einer großen Anzahl von Untersuchungen über die Überstundenarbeit in der Sowjetindustrie für das 1. Halbjahr 1922 zur Verfügung gehabt haben, da die Kodes eines Reichsbedeutenden Reiches in Nr. 13 der „Wirtschaftswoche“ (Wirtschaftswelt) veröffentlicht wurde. Er hat es aber unterlassen, sich diese nicht zu bemerken.

Nach den Angaben dieser Untersuchung kommen

auf Nebenstundenarbeit im Durchschnitt in Moskau und Petrograd 5 bis 6 Prozent der gesamten Arbeitszeit, und in der Textilindustrie (in den Gubenbezirken Moskau, Simons-Wolnitsch und Vladimir) nur 1 bis 3 Prozent. Nebenstunden dürfen als Regel bei den Arbeiterüberstunden überhaupt nicht zugelassen werden und in einer Reihe von Industriezweigen auch nicht bei den Frauen. Diese Prozentzahl bezieht sich auf den gesundheitsgefährlichen Arbeitswert auf den dort herrschenden sechsstündigen Arbeitstagen. Wie weit sind diese Tatsachen von den legendären Ziffern des Herrn Dan vom 16 bis 17 stündigen Arbeitstag entfernt!

Was war die Herausgabe des Sammelsuriums von Lüge und Verleumdung gefällig? Diese Frage wird uns völlig klar sein, wenn wir uns erinnern, daß diese Broschüre des „Vorwärts“-Verlags auf eine große Verbreitung unter den deutschen Arbeitern berechnet ist in der Periode der aktiven Offensive des Kapitals gegen den achtstündigen Arbeitstag und in einer Zeit, in welcher der reale Lohn in Deutschland von Monat zu Monat mit tieferer Beschleunigung sich senkt. Die Erfindungen des Herrn Dan sollten (und haben auch wahrscheinlich teilweise) der deutschen Bourgeoisie den Widerstand der deutschen Arbeiter niederrücken helfen. Die „Materialien“ waren dazu berufen, den deutschen Arbeitern zu zeigen, Arbeiter in dem Sowjetstaate leben, um dadurch unter was für unerträglichen Bedingungen die einen neuen Druck auf die Arbeiter in Deutschland den Unternehmen leichter zu machen. Die Verleumdungen Danks stellen dar, nicht eine unzulässige Lüge dar, sondern eine bewusste, durchdachte Provokation zur Erhebung des Kampfwillens bei den deutschen Arbeitern. Also noch einer, wohl nicht der letzte, Dienst der Menschheit für die Bourgeoisie.

Stieburg (Moskau).

## Genossenschaftsbewegung. Wie die Genossenschaftsbürokratie die Kommunisten verleumdete.

In den in einer Heftausgabe vom Zentralverband deutscher Konsumvereine hergestellten konsumgenossenschaftlichen Volksblättern von Mitte März ist eine Notiz zum Abdruck gebracht: „So geht es nicht.“ Es handelt sich darum, den Kommunisten einige Fische zu versetzen, die aber vollkommen daneben treffen. Die WSPD-Presse hat selbstverständlich fleißig die Notiz nachgedruckt, wozu behauptet wird, daß die kommunistischen Führer des Genossenschaftsartikels in Gmünd nur dann für eine Erhöhung der Geschäftsanteile sich bereit erklären, „wenn die Verwaltung die kommunistischen Parteiforderungen, so z. B. Pump bei Staat und Gemeinden, zugleich aber Steuerverweigerung erfüllt.“ Da dies aber ausgeschlossen ist, werden wohl die Führer des genannten Genossenschaftsartikels der Stärkung der Betriebsmittel nicht zustimmen. Diese Notiz ist eine gemeine Verleumdung und in allen Teilen unrichtig. Es ist bekannt, welche eine erfolgreiche Politik die Kommunisten in der Genossenschaftsbewegung betreiben, und daß sich alle ihre Parolen als richtig erwiesen haben. Dazu gehört auch die Parole, daß die ins maßlose gesteigerte genossenschaftliche Selbsthilfe durch Erhöhung der Anteile auf 20—40000 Mark von den Mitgliedern nicht getragen werden kann und daß deshalb die Genossenschaftskredite von Gemeinden, Ländern und vom Reich erhalten müssen, um den Bankkredit zu entgehen. Weiter, daß die „Rechtliche Ungerechtigkeit“ gegen die Konsumvereine beseitigt werden muß (von den Genossenschaftsinstanzen ist und wird ja immer nachgewiesen, daß im juristischen Sinne ein Umfug in den Konsumvereinen gar nicht vorliegt) und da alle bisherigen Wege gezeigt haben, daß es gar keinen anderen Ausweg gibt, jetzt die gemeinsame Steuerverweigerung aller Konsumvereine organisiert werden soll. In Gmünd ist nun verlangt, daß sich die Genossenschaftsinstanzen unseren Forderungen anschließen, sollen und mit uns für die Verwirklichung der Forderungen kämpfen. Und was soll dabei „natürlich ausgeschlossen“ sein? Jedem einsichtigen Genossenschaftler leuchtet ohne Weiteres ein, daß es in der jetzigen Situation, in der sich die Konsumvereine befinden, gar keinen anderen Ausweg gibt. Darüber, daß die Masse der Mitglieder „vernünftig“ sind, brauchen die Genossenschaftsinstanzen gar nicht zu jubeln. Überall, wo die Massen anfangen, endlich über die Lage der Genossenschaftsbewegung nachzudenken, stimmen sie den kommunistischen Forderungen zu.

## Niederlagen der Konsumvereinsbürokratie.

Die Massen lernen immer mehr erkennen, daß die Genossenschaftsbewegung nur als proletarischer Kampffaktor Sinn und Zweck hat. In den letzten Generalversammlungen haben die Bürokraten verschiedene Niederlagen erlitten, so in Chemnitz und Garmisch. Die am 4. März stattgefundene Generalversammlung des Konsumvereins Köln nahm mit 209 gegen 173 Stimmen eine Entschließung an, in der es u. a. heißt:

„Der Erstlingskampf der Genossenschaften ist aufs engste verbunden mit dem Lebenskampf der Arbeiterklasse und müssen die Genossenschaften als die Organisationen der Verbraucher mit den gewerkschaftlichen und politischen Klassenkampforganisationen eine geschlossene Kampffront bilden.“

In diesem gemeinsamen Kampfe müssen als besondere genossenschaftliche Forderungen aufgestellt werden:

1. Zinslose Kredite durch Staat und Gemeinde.
2. Befreiung des Steuerrechts an den Genossenschaften.
3. Förderung der Genossenschaften gegenüber dem Privathandel durch Staat und Gemeinde.
4. Erhebung der Genossenschaften zur öffentlich-rechtlichen Körperschaft, denen die Lebensmittelversorgung als Monopol übertragen wird.

Die heutige Generalversammlung ersucht den Vorstand des Zentralverbandes, vom Reich ausreichende zinsfreie Kredite für die Genossenschaften mit allem Nachdruck zu fordern, den Steuerkampf mit aller Schärfe mit dem Mittel des Steuerstreiks zu führen und im Punkte mit den Klassenkampforganisationen des Proletariats den Kampf um die Erstlings der Arbeiterklasse und ihrer Genossenschaften aufzunehmen.“

# Falsche Fasse.

Da Braunfels, der frühere Präsident August Morosani nicht eintrug, anderen Personen, die, wie er selbst längst nicht mehr Mitglieder der K.D., sondern der K.P.D. sind, verhaftet worden. Die bürgerliche Presse beschwört ihren Lesern diesen Parteistief, macht aber umso mehr Aufhebens von der Tatsache, daß von den Verhafteten an etliche Parteifreunde falsche Ausweispaßiere ausgestellt worden seien. Als seinerzeit Ludendorff mit blauer Weste und einem auf den falschen Namen Lindström ausgestellten Paß nach Schweden ausrückte, hat man nichts davon gehört, daß gegen die hochgestellten Paßfalscher irgend etwas unternommen worden wäre. Oder sollte Herr Ebert davon nichts gewußt haben? Dann wird auch Herr Mosse, der heute wohlbestallter Oberpräsident ist, dreist und gottesfürchtig seine Mitschuld an den Paßfälschungen leugnen, die zugunsten gegenrevolutionärer Mordgesellen von der Garde-Schühendivision, den Kessel u. Konsorten nebst ihren ursprünglichen Hintermännern für die Marob, Vogel usw. ausgestellt worden sind. Der Luxemburg-Mörder Vogel steht ja heute noch im Staatsdienst auf holländischen Geiseln. Von Verhaftungen in solchen Fällen ist im Bereiche der "ersten Republik der Welt" bisher noch niemals die Rede gewesen. Warum also der Vorn im Falle des Expräsidenten Merges, um den Kommunisten etwas anzufangen, was auf gegenrevolutionärer Seite nur zum Ruhm und zur Verherrlichung gereicht?

## Beendigung des Generalstreiks in Memel.

In Memel wird am Mittwoch, morgens 8 Uhr, die Arbeit wieder aufgenommen. Auch die Läden werden voraussichtlich wieder geöffnet werden.

## Das endgültige Ergebnis der Dollaranleihe.

Die Deutsche Handels- und Textil-Zeitung Nr. 82 vom 10. April meldet:

„Obwohl von einigen unwesentlichen Zeitungsstellen noch keine endgültigen Angaben vorliegen, läßt sich, wie der 'Deutsche Handelsdienst' erfährt, doch schon jetzt übersehen, daß nicht mehr als 128 Millionen Dollars insgesamt gezeichnet worden sind.“

Dieses Ergebnis rückt den Patriotismus der deutschen Kapitalisten ins rechte Licht — sie halten ihren Gelbtag zu und lassen die Proleten das Geld zur Finanzierung des Ruhrkrieges aufbringen!

## Lohnabbau im Holzgewerbe.

Nach Verhandlungen zwischen den Vertragsparteien des Holzgewerbes (Vertragsbranchen), so macht die Zeitung der Zahlstelle Hamburg des Deutschen Holzarbeiterverbandes bekannt, wurde ein Abkommen unterzeichnet, das die Verlängerung des bisherigen Lohnabkommens bis auf weiteres mit achtstägiger Kündigung vorzählt. Die bei diesen Verhandlungen von beiden Seiten geäußerten Wünsche und Forderungen sind damit unter Berücksichtigung der Gesamtsituation des Gewerbes zurückgestellt. Diese Verlängerung des Lohnabkommens der Holzarbeiter bedeutet nichts anderes als einen verdeckten Lohnabbau. In Hamburg steigen

Wände fortgesetzt. Die Arbeit ist in der vorliegenden Woche ein wenig auf 112 Mark hinaufgeklommen. Angehörige dieser Kategorie ist die Berufsleiter der Ministerämter. Die Arbeiter der Holzgewerbe ein Verbrechen an der Arbeiterschaft. Die Mitteilung der Verbandsleitung bringt ganz deutlich zum Ausdruck, daß sie die Interessen des Unternehmers an die erste Stelle setzt. Die Holzarbeiter werden ihre Gewerkschaftsführer zwingen müssen, endlich Schluss zu machen mit dieser Rücksichtnahme auf die Interessen der Unternehmer, und eine Politik zu treiben, die die Arbeiterschaft vor der völligen Vereitelung schützt.

## Streik der Chemiker Bauarbeiter.

(Kampf gegen den Lohnabbau.) In der letzten Lohnwoche im März haben die Chemiker Bau-Unternehmer sämtlichen Bauarbeitern gefälligst Weiterbeschäftigung wurde in Aussicht gestellt, wenn sich die Bauarbeiter einen Lohnabbau von 2 Mk. für Gelehrte und 67 Mk. für Hilfsarbeiter gefallen lassen. Die Verträge mit den Bauarbeiterorganisationen (Baugewerksbund, Verband der Zimmerer, Verband der Ausgeschlossenen Bauarbeiter) die in Bezug auf Ferien, Entlohnung der Lehrlinge und Lohnklasseneinteilung besonders Vergünstigungen erzielten, liefen bis zum 31. März. Die Unternehmer haben es abgelehnt, diese Verträge zu erneuern.

In einer am 6. April 1923 von 2500 Bauarbeitern besuchten Versammlung kam zum Ausdruck, daß von einem Lohnabbau, solange die Preise steigen, keine Rede sein könne. Eine Staffelung der Löhne könne erst dann in Frage kommen, wenn jedem Arbeiter das Existenzminimum tatsächlich gewährt sei. Bei der elenden Lebenslage der Arbeiter sei es notwendig, daß mehr als bisher den Bauarbeitern durch Gewährung von Ferien Gelegenheit gegeben wird, sich zu erholen.

Da die Unternehmer jede Verhandlung ablehnten, haben die Bauarbeiter beschlossen, den Versuch der Unternehmer, die Löhne abzubauen, zunächst mit Stilllegung der wichtigsten Bauten zu beantworten.

Zugang nach dem Industriebezirk Chemnitz ist freizubehalten!

Bauarbeiter, übt Solidarität!

## Vom Lage.

### Proletarische Gedentage:

12. April 1919: Bazarstimmungen Dresden demonstrieren für bessere Lebensbedingungen, Ermordung des sächsischen Kriegsministers Neuring durch die Volksmenge.

13. April 1919: Belagerungszustand in Sachsen. Miligüchter reaktionär Putz in München. Kommunisten treten in die Münchener Räte-Regierung ein. 1920: 300.000 Arbeiter Irlands streiken wegen schlechter Behandlung politischer Gefangener.

### Wenn bürgerliche Blätter Sowjet-Rußland loben müssen.

Vor kurzem wurden einige deutsche Ärzte an das Krankenlager Lenin's gerufen. Die Herren sind nun aus Moskau zurückgekehrt, da sich Lenin's Gesundheitszustand gebessert hat. Die

deutschen Journalisten lagen natürlich schon auf der Pauer, um die Herren Professoren auszusagen, und um dann eine neue Aufwindstube zu machen. Man hatte schon im Hauptblatt eine ganze Spalte freigelassen, für das antisowjetische Geschwätz. Dieser Spatz ist den bürgerlichen Zeitschreibern gründlich verdröben worden. Nicht etwa durch die Professoren, sondern durch die Verhältnisse in Rußland. So können die 'Leipziger Neuesten Nachrichten' das Interview mit Professor v. Strumppel nicht an hervorragender Stelle im Hauptblatt, sondern nur, eingebettet in die Bellagen bringen. Und weil es ihr nicht in den Kram paßt, begnügt man sich mit folgenden Zeilen:

„Die an das Krankenlager Lenin's berufenen deutschen Ärzte sind aus Moskau zurückgekehrt, mit Ausnahme von Gesehrat Bumbe, der zunächst noch bei Lenin bleibt. Ueber den Zustand Lenin's machen die zurückgekehrten Ärzte, einer gegenseitigen Verpflichtung entsprechend, keine Angaben. Die Aufnahme der deutschen Ärzte in Moskau war überaus zuvorkommend und die Herren glauben Beweis großer Sympathien für Deutschland bei den Vertretern der Sowjetregierung feststellen zu können. Von Hunger ist nach Äußerungen Gesehrat von Strumppel in Moskau nichts zu bemerken gewesen; im Gegenteil, Apfelsinen, Kaviar und andere Delikatessen zeigten, daß — freilich nur einzelne Kreise — sich wieder allenthalben leichter können. Auch die Kunst steht wieder in hohem Ansehen, über eine Aufführung der Oper und ein Konzert, in dem Beethoven's Neunte zum Vortrag kam, sprach sich unter Leipziger Kliniker in Worten hoher Anerkennung aus. Die Preise für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände freilich sind teuer, auch in Moskau umgekehrt, als in Deutschland.“

Wir verstehen es durchaus, wenn man in bürgerlichen Zeitungen mit dem Blas phars, wenn man Sowjetrußland loben muß. Allzu sehr soll eman aber doch nicht meffen lassen!

## Gorki kehrt nach Rußland zurück.

In Petrograd eingetroffenen Mitteilungen zufolge wird im Mai die Rückkehr Maxim Gorki nach Rußland erwartet. — Damit sind alle jene Enten von dem 'dauernden Zerwürfnis' und dem 'gespannten Verhältnis' zwischen der Sowjetregierung und Gorki, die die internationale Bourgeoisie in ihrer Presse verbreitet, erledigt.

## Das Land.

### Achtung! Landarbeiter, Siedler, Häusler, Hirten und Kleinbauern!

Bereitet die Volksabstimmung dort! Vom 18. bis 30. April soll die vom 'Reichsbund für Siedlung und Pachtung' veranstaltete Volksabstimmung über ein Siedlungsgezet stattfinden, dessen Wortlaut wir nachstehend wiedergeben:

§ 1. Zu einer Aderwahrung im Sinne des § 1 des Reichssiedlungsgezetes gehören bei Bodenklasse I 50 Morgen, bei Bodenklasse II 60 Morgen, bei Bodenklasse III 70 Morgen, bei Bodenklasse IV 80 Morgen, bei Bodenklasse V 100 Morgen, bei Bodenklasse VI 160 Morgen, bei 8ter und noch geringerer Bodenklasse 200 Morgen.

§ 2. Wer an Land, Wiesen und Wald mehr als 2 volle Aderwahrungen besitzt, ist verpflich-

tet, ein Drittel der zweiten Aderwahrung über liegender Fläche an den Bundesstaat zu leisten. Der Bundesbesitz ist bestattet, ohne Schadung abzutreten.

§ 3. Die Bundesstaaten haben die von den Grundbesitzern übernommenen Flächen bis zur Aderwahrung einer Aderwahrung an solche Familien in Erbpacht zu vergeben, die noch kein Land, oder keine volle Erbpacht besitzen.

§ 4. Die Höhe der Erbpacht beträgt 1/10 des Wertes der Grundfläche im Jahre 1914. Die Erbpacht der Erbpacht erfolgt nach der Verwaltungsbehörde.

§ 5. Soweit auf Grund des § 2 Maßregeln an die Bundesstaaten abzugeben werden, sind dieselben zur Gewährleistung einer ordnungsmäßigen Bewirtschaftung vom Staat zu bestreiten.

§ 6. Solange keine Familien auf Aderwahrung der Grundflächen anfragen, kann der Bundesstaat dieselben in irgendeiner Weise an die bisherigen Besitzer, oder an andere Landwirte in Erbpacht zur Bewirtschaftung überlassen. Die Erbpacht ist in solchen Fällen nach § 4 zu berechnen.

Im Interesse der Nationalen Einheitsfront im Interesse der Industrie- und Landwirtschaft, der Hirten und Wägenbesitzer, der Hirten und von Richtofen, suchen Reichsregierung und einzelne Landesregierungen die Abstimmung zu vereiteln. Die sozialdemokratischen Führer haben dabei eifrig Unterstützung.

Mit der Begründung, es darf keine Unruhe auf dem Lande eintreten, stellen sich Minister und sozialdemokratische Führer mit der ganzen kapitalistischen Meute zusammen vor die Sachwerte der Siedler und Großbauern. Der 'Vorwärts', das sozialdemokratische Zentralorgan, lehnt sogar ab, Artikel aufzunehmen, die von sozialdemokratischen Parteimitgliedern eingeleitet werden und zur Unterfützung des Siedlungsantrages auffordern.

Parteilosen und Genossinnen! Weht die landarme Kleinbäuerliche Bevölkerung und das Industrievolk auf die sozialdemokratische junkerliche Einheitsfront hin. Seht sofort in den einzelnen Gemeinden nach, ob die zur Volksabstimmung notwendigen Eintragungslisten ausliegen. Vor allem müssen die kommunikativen Gemeindevertreter, wo Eintragungslisten nicht ausliegen, entsprechende Anträge stellen.

Es gilt die sozialdemokratisch-großgrundliche Sabotage, die von der Regierung unternommen wird, zu brechen! Schafft die einheitliche Front der ländlichen und städtischen arbeitenden Bevölkerung.

Zentrale der K.P.D. M.B., Land.

## Aus der Partei.

### An unsere Ortsgruppenleitungen, Funktionäre und Mitglieder!

Parteilosen und Genossinnen! Die Erfolge der internationalen Propagandawoche werfen bereits ihre Schatten voraus. Die internationale Konferenz in Frankfurt am Main beschloß die Abhaltung der Propagandawoche in allen kapitalistischen Ländern, in den Siegerstaaten als auch unter den unterdrückten Völkern, die unter dem Schandfrieden von Versailles schmachten. Gegen Kriegsgesetze und Faschismus sind die Parolen, mit denen das internationale Aktionskomitee die Massen zum einheitlichen Kampf führen wird gegen die Gewaltpolitik der internationalen Bourgeoisie und ihre Handlanger. Die Kampagne befindet sich noch im Stadium der Vorbereitung. Die kapitalistischen Regierungen aber beginnen bei-

## Die unheimliche Sache.

Ein sozialer Roman von Jac London.

[19]

„Als Advokat sind Sie der hartnäckigste, an einem Punkt sich festhaltende Mann, den ich je gesehen habe,“ begann Ernst seine Antwort auf die Strafe. „Meine Jugend hat nichts mit dem zu tun, was ich erkläre habe. Auch nicht die Nichtständigkeit der arbeitenden Klasse. Ich beschuldige die kapitalistische Klasse der Mißwirtschaft. Sie haben nicht geantwortet. Sie haben nicht den Versuch gemacht zu antworten. Warum? Weil Sie keine Antwort haben. Sie sind der Meister dieser ganzen Versammlung. Jedermann, außer mir, hängt an Ihrem Munde, um die Antwort zu hören. Sie antworten deshalb die Antwort aus Ihrem Munde, weil Sie selbst keine Antwort haben. Ich weiß, wie ich bereits sagte, weiß, daß Sie nicht nur keine Antwort haben, sondern, daß Sie nicht einmal versuchen werden, zu antworten.“

„Das ist unerträglich!“ rief Kolonel Van Gilbert. „Das ist Schimpf!“

„Daß Sie nicht antworten, ist unerträglich. Niemand kann intellektuell beschimpft werden. Beschimpfung ist in ihrem eigentlichen Wesen Bewegung. Machen Sie sich frei. Geben Sie mir eine intellektuelle Antwort auf meine intellektuelle Anklage, daß die kapitalistische Wirtschaft eine Mißwirtschaft ist.“

Kolonel Van Gilbert hüllte sich in Schweigen, und sein Gesicht zeigte einen unfreundlichen, verlegenen Ausdruck. So wie er auf dem Gesicht eines Mannes erscheint, der sich nicht mit einer Raufbold hin- und herstreuen will.

„Sagen Sie nicht niedergeschlagen,“ sagte Ernst. „Drücken Sie sich mit der Tatsache, daß noch kein Mitglied Ihrer Klasse diese Beschuldigung widerlegt hat.“ Er wandte sich zu den anderen, die begierig darauf warteten, das Wort zu erhalten. „Und jetzt haben Sie Gelegenheit. Nun los, und vergessen Sie nicht, daß ich Sie auffordere, die Antwort zu geben.“

die Kolonel Van Gilbert zu geben versäumt hat.“

Es wäre mir nicht möglich, alles, was in der Diskussion gesprochen wurde, niederzuschreiben. Ich hatte mir bisher nie eine Vorstellung davon gemacht, wie viele Worte in drei kurzen Stunden gesprochen werden können. Auf alle Fälle, es war gänzlich. Je mehr seine Gegner sich aufregten, desto schärfer reiste er sie. Er behauptete eine engherzige Herrschaft auf dem Felde der Wissenschaft, und mit einem Wort über einer Phrase, mit feinen Gegenstößen, durchstach er sie. Er machte ihre unlogischen Punkte namhaft. Des war ein fallender Syllogismus, jene Schlussfolgerung hatte keine Verbindung mit der Voraussetzung, weil die erste Voraussetzung trügerisch war, denn sie enthielt in sich schon verborgen die Schlussfolgerung, die beweisen zu werden versucht werden sollte. Des war ein Irrtum, jene eine Annahme, und das Geldende war eine gegenwärtige Behauptung dessen, was in allen Handbüchern als festgestellte Tatsache gedruckt stand.

Und so kam es, daß er distanzieren den Gegner mit dem Knurren vernahmte und ihn zerschmetternd zwischen ihren Gedanken links und rechts schlang.

Und immer wieder forderte er Tatsachen und wies theoretische Diskussionen zurück. Und seine Tatsachen bereiteten ihnen ein Waterloo. Wenn sie die arbeitende Klasse angriffen, gab er stets zurück. „Ein Esel nennt den anderen Dummkopf, das ist keine Antwort auf die Behauptung, daß Sie selbst lange Ohren haben.“ Und jedem und allen sagte er: „Warum haben Sie meine Behauptung, daß Ihre Klasse eine Mißwirtschaft gelehrt hat, nicht widerlegt? Sie haben über andere Dinge und über Dinge gesprochen, die anderes enthielten, aber Sie haben nichts beantwortet. Und zwar deshalb, weil Sie keine Antwort haben.“

Zum Schluss der Diskussion war es Herr Wilson, der sprach. Er war der einzige, der ruhig geblieben war, und Ernst behandelte ihn mit einer Achtung, die er den anderen nicht zugestanden hatte.

„Es ist keine Antwort nötig,“ sagte er mit behutsamer Ueberlegung. „Ich habe die ganze Diskussion mit Vermunderung und Ärger verfolgt. Ich bin über Sie ärgerlich, meine Herren, die Mitglieder meiner Klasse sind. Sie haben sich wie alberne Schulfinken benommen, indem Sie teils Stuhl und teils den Rednerpult des gewöhnlichen Politikers in die Diskussion hineingetragen haben. Sie sind übertrieben und besiegelt worden. Sie sind sehr wortreich gewesen, aber alles, was Sie gesagt haben, war nur ein Geklingel. Sie haben wie Müden um einen Bären gekummert. Meine Herren, dort steht der Bär, (erwies auf Ernst), und Ihr Gekummel hat nur seine Ohren gekitzelt.“

Glauben Sie mir, die Lage ist ernst. Dieser Bär streckte heute abend seine Zähne aus, um uns zu zermalmen. Er hat gesagt, daß es anderthalb Millionen Revolutionäre in den Vereinigten Staaten gäbe. Das ist Tatsache. Er hat gesagt, daß sie die Arbeit haben, und unsere Herrscherrechte, unsere Verträge und all unsere purpurne Herrlichkeit treuzuzerren. Auch das ist Tatsache. Eine Veränderung, eine große Veränderung der Gesellschaft wird kommen, aber vielleicht ist es nicht die, die der Bär erwartet. Der Bär hat gesagt, daß er uns zermalmen will. Wie, wenn wir den Bären zermalmen?“

Die Stimmen erhoben sich wieder in dem großen Raum, und man nichte sich gegenseitig mit Hinterhändnis und Geißelheit zu. Ihre Gesichter waren sehr hart. Das waren Kämpfer, soviel war sicher.

Aber nicht durch Reden werden wir den Bären zermalmen,“ hob Wilson gefaßt und ohne Leidenschaft fort. „Wir wollen den Bären jagen. Wir wollen den Bären nicht mit Worten antworten. Unsere Antwort soll in Reibhaken abgedrückt sein. Wir haben die Macht, das wird niemand in Abrede stellen. Vermöge dieser Macht wollen wir mächtig bleiben.“

Er wandte sich langsam zu Ernst hin. Der Augenblick war dramatisch.

„Es ist denn dies unsere Antwort. Wir haben keine Worte an Sie zu verschwenden. Wenn Sie Ihre gepriesenen starken Hände nach unseren Vätern und unserer purpurnen Herrlichkeit ausstrecken, dann wollen wir Ihnen zeigen was Kraft ist. Im Gefäß von Granaten und Schrapnell und im Getatter von Maschinengewehren wird unsere Antwort liegen. Wir werden die Revolutionäre unter unserer Ferle zerdrücken, und wir werden über Ihre Körper schreiten. Die Welt gehört uns, wir sind Ihre Herren, und unser soll sie bleiben. Was das Heer der Arbeit betrifft, so sage ich, daß es auf dem Boden gelegen hat seit Beginn der Geschichte, und ich lese die Geschichte, recht. Und auf dem Boden soll es bleiben, so lange ich und die meinigen und unsere Nachkommen die Macht haben. Das ist das Wort, es ist der König der Wörter — Macht. Macht, nicht Gold, aber Macht. Geben Sie es über Ihre Junge, bis sie davon prickseln. Macht!“

„Sie haben mir geantwortet,“ sagte Ernst ruhig. „Es war die einzige Antwort, die Sie geben konnten! Macht! Es ist das, was die arbeitende Klasse predigt. Wir wissen und aus der biteren Erfahrung wissen wir, daß zu gut, daß keine Bitte um Recht, Gerechtigkeit und Menschlichkeit Sie je rühren wird. Ihre Herzen sind so hart wie Ihre Felsen, mit denen Sie den am Boden liegenden Armen ein Antlitz treten. Darum haben wir Macht gepredigt. Durch die Macht, unserer Stempel auf Mahlag werden wir Ihnen die Regierung entreißen.“

„Wie, wenn Sie eine Majorität eine vollständige Majorität am Wahlag haben werden?“ unterbrach ihn Herr Wilson mit einer Frage. „Angenommen, wir weigern uns, Ihnen die Regierung zu übergeben, nachdem Sie dieselbe an der Wahlurne erbeutet haben?“

„Auch das haben wir ertragen,“ erwiderte Ernst. „Und wir werden Ihnen eine Antwort in Reibhaken geben.“

